



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

28.11.07

PRESSEMITTEILUNG

Doppelhaushalt 2008/ 2009: Schwerpunkt soziale Stadt

SPD und GRÜNE haben sich in ihren Haushaltsberatungen darauf verständigt, dass es - wie in zahlreichen anderen Städten - in Dortmund einen Doppelhaushalt für die Jahre 2008/2009 gibt.

SPD und GRÜNE setzen zugleich mit einem 47 Punkte umfassenden Antrag für den Doppelhaushalt 2008/ 2009 einen klaren Schwerpunkt: Eindeutiges Ziel ist die Verbesserung der sozialen Situation vieler Menschen in Dortmund.

Damit ziehen die Fraktionen erste Konsequenzen aus dem im November vorgelegten Bericht zur sozialen Lage. Das spiegelt sich in zahlreichen Punkten des gemeinsamen Haushaltsantrags wider.

Grundsätzliches

Ziel von SPD und GRÜNEN ist es, mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 weiterhin die Handlungsfähigkeit der Stadt ohne Eingriffe von außen sicherzustellen. Der Entwurf des Haushalts ist dafür eine gute Grundlage. Die Ausgleichsrücklage wird nicht ausgeschöpft. Zur Abfederung von unvorhersehbaren Risiken sowie zur Umsetzung von Maßnahmen als Reaktion auf den Bericht zur sozialen Lage in Dortmund besteht aber über den HH-Entwurf hinaus Handlungsbedarf für weitere Konsolidierungsmaßnahmen.

Im Haushaltsjahr 2007 sind durch die von der Kämmerin verhängte Haushaltssperre 48 Millionen Euro eingespart worden. Es ist davon auszugehen, dass in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 jeweils 80 % dieses Einsparpotenzials erneut erzielt werden können.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Die somit erzielten Einsparungen sind zur Hälfte zur Gegenfinanzierung der im Haushaltsbegleitantrag aufgeführten Projekten zu verwenden. Darüber hinaus dienen die Einsparpotenziale der Abfederung von bisher nicht bezifferbaren Risiken. Projekte, die im Rahmen des Aktionsplanes Soziale Stadt realisiert werden, sind von der Reduzierung entsprechender Haushaltsmittel auszunehmen.

Strukturelle Maßnahmen

Durch strukturelle Maßnahmen sollen Abläufe innerhalb der Verwaltung optimiert und Synergieeffekte erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund wird ein Personalqualifizierungskonzept für MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung aufgelegt. Ziel ist es, rechtzeitig auf veränderte, kommunal wahrzunehmende Aufgaben reagieren zu können. Dazu ist es notwendig, nicht nur Fortbildung, sondern auch Umschulungen anzubieten. Darüber hinaus soll mit einem Personalqualifizierungskonzept ein konkreter Beitrag zur Einhaltung des Einstellungsstopps erbracht werden.

Das Vermessungs- und Katasteramt wird unverzüglich regionalisiert, um in einem Verbund mit benachbarten Ämtern deutliche Synergieeffekte zu erzielen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Einspareffekte zu ermitteln und Zuschüsse gegebenenfalls zu kürzen.

Das Stadtbahnbauamt wird zur DSW21 überführt. Die Modalitäten der Überführung werden zeitnah geklärt.

Schwerpunkt Soziale Stadt

Sozialticket

SPD und GRÜNE halten im Haushaltsantrag fest, dass ab Anfang des Jahres ein Sozialticket zur Nutzung von Bussen und Bahnen zum Preis von 15,- Euro monatlich eingeführt und angeboten wird. Dieser Preis entspricht damit der im Arbeitslosengeld II enthaltenen Summe für Mobilität. Angelehnt an die Regelungen des Ticket 1000 (Normalpreis: 45,77 Euro im Abo) können die InhaberInnen des Sozialtickets Busse und Bahnen im Stadtgebiet unbegrenzt benutzen. Anspruchsberechtigt sind alle InhaberInnen des Dortmund-Passes. Mit dem Sozialticket leistet die Stadt damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Bericht zur sozialen Lage

Der im November eingebrachte Bericht zur sozialen Lage wird in den nächsten Monaten diskutiert und mit konkreten Projekten gefüllt werden. SPD und GRÜNE sind sich einig, dass für die Realisierung dieser Projekte die vorhandenen Mittel in den betroffenen Dezernaten und Budgets nicht ausreichen. Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts (s.o.) werden vorrangig zur Realisierung dieser Maßnahmen umgeschichtet und bereitgestellt.

Der Bericht zur sozialen Lage hat herausgestellt, dass viele Kinder und Jugendliche in der Stadt von Armut bedroht sind. Vor diesem Hintergrund legen SPD und GRÜNE ein besonderes Gewicht auf die Einrichtung bzw. Fortführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen:

Ausweitung der Sprachförderung

Nicht vom Land geförderte Kinder im Vorschulalter mit Sprachförderbedarf, die diesen aber aufgrund des fehlerhaften Verfahrens bei Delfin IV nicht bestätigt bekommen haben, erhalten zusätzlich Sprachfördermaßnahmen. Das betrifft insbesondere eine nicht unerhebliche Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund. Dafür werden 100.000 Euro eingesetzt. Zusätzlich werden Mittel für die Sprachförderung im Bereich der frühkindlichen Bildung (und für bedürftige Eltern) in den im Bericht zur sozialen Lage genannten 13 Sozialräumen bereitgestellt.

Kein Kind ohne Mahlzeit

Die städtische Beteiligung am zweijährigen Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ für die Schuljahre 2007/2008 sowie 2008/2009 ist abgesichert. Eine Anschlussfinanzierung ist sicherzustellen.

Kommunaler Lehrmittelfonds

Sollte die auf Landes- und Bundesebene angekündigten Verbesserung der Lehrmittelausstattung für Kinder von ALG II EmpfängerInnen und anderer einkommensschwacher Personengruppen bis zum Beginn des Schuljahres 2008/2009 nicht umgesetzt sein, werden Schulen mit einem hohen Sozialindex Mittel zur Ausstattung mit Schulmaterialien zur Verfügung gestellt.

Fortsetzung sozialpädagogischer Projekte

Die bisher mit URBAN-Mitteln finanzierten und auslaufenden Schulfördermaßnahmen sind zu erhalten, weiterzuführen und ggf. auf die Bedürfnisse der Schulen mit einem hohen Sozialindex zuzuschneiden. Zu diesen Maßnahmen zählen u.a. die Schülerclubs und Elterncafés an Schulen in der Nordstadt, Schulsozialarbeit an Schulen mit besonderem Handlungsbedarf und an Modellrealschulen sowie Maßnahmen im Bereich Übergang Schule/Beruf.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Betreuung für unter Dreijährige

Das Ausbauprogramm wird fortgesetzt. Die zu erwartenden Bundes- und Landesmittel werden vorrangig zur Verbesserung der Unterbringungssituation in Einrichtungen in denjenigen Stadtbezirken eingesetzt, die im Vergleich zu anderen Bezirken unterversorgt sind.

Masterplan Integration

Der Rat beschließt die Einführung eines Fonds zur Umsetzung konkreter Projekte des Masterplanes Integration, die derzeit in Arbeitsgruppen erarbeitet werden. Als Anschubfinanzierung werden zunächst jährlich 100.000 Euro eingesetzt. Es muss gewährleistet sein, dass die Projekte nicht anderweitig bereits im Haushalt abgebildet sind.

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus

Der Aktionsfond für Projekte gegen Rechtsextremismus wird jährlich mit 100.000 Euro ausgestattet.

Über die genannten Maßnahmen hinaus finden sich im HH-Antrag zahlreiche weitere Maßnahmen zum Themenbereich „Soziale Stadt“.

Energiesanierungsmaßnahmen

Die energetische Optimierung des städtischen Gebäudebestands bleibt eine zentrale Aufgabe. Sie ist nicht nur klimapolitisch geboten, sondern führt auch zu geringeren Ausgaben. In den Haushaltsjahren 2008 und 2009 sind deshalb jeweils fünf Millionen Euro vorzusehen, um überfällige Sanierungsmaßnahmen im städtischen Gebäudebestand kurzfristig anzugehen. Eingesparte Energiekosten fließen in den revolvierenden Energiesparfonds, um weitere Energiesanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Entsiegelung in Naturschutzgebieten

Die Stadt legt ein Entsiegelungsprogramm in Naturschutzgebieten für den Zeitraum von zwei Jahren auf. Entsprechende Maßnahmen werden aus dem vorhandenen Budget des Tiefbauamtes finanziert.

Umweltberichterstattung im Konzern Stadt Dortmund

Im Rahmen der Berichterstattung der städtischen Gesellschaften im Haupt und Finanzausschuss erfolgt einmal jährlich eine Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Radverkehrsinfrastruktur

Den Budgets der Bezirksvertretungen werden jeweils 20.000 Euro in 2008 und 2009 für die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur zweckgebunden aus dem Amt 66 zur Verfügung gestellt.

Wohnen für junge Familien

Die Verwaltung legt entsprechende Maßnahmen und Projekte für kinderreiche Familien vor. Denkbar wären: Ausweisung von speziellen Baugebieten mit familien- und kinderfreundlicher Infrastruktur, Wohnumfeldverbesserungen, Bereitstellung von günstigem Bauland, Vergabe von Grundstücken in Erbpacht, finanzielle Förderung beim Grundstückserwerb, Gewährung von Zins- oder Baukostenzuschüssen, Bereitstellung eines „Baukindergeld“.

Dezentralisierung des Service- und Präsenzdienstes

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einrichtung von zwei weiteren Anlaufstellen für Service- und Präsenzdienste in Scharnhorst und Lütgendortmund (Pilotprojekte) zu prüfen und gegebenenfalls entstehende Kosten dazustellen. Dem Fachausschuss werden die Ergebnisse vorgestellt.